



Widerwärtige Maßlosigkeit

Um es gleich vorwegzusagen: Ich bin ein großer Anhänger des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Er ist das beste Mediensystem der Welt, wenn auch mit vielen Schwächen, die nicht allein am System, sondern an einigen Menschen liegen, in die in ihm tätig sind. Wir können in Deutschland dankbar sein, dass sich nach dem Krieg und Neuanfang das Modell des ÖRR am Beispiel der BBC durchgesetzt hat und wir nicht das US-amerikanische privatwirtschaftliche System übergestülpt bekamen.

Die BBC ist gerade 100 Jahre alt geworden und befindet sich mehr oder minder, Dank der britischen Chaosregierung in der Abwicklung. Polen und Ungarn lassen grüßen. In einem Beitrag über das BBC-Jubiläum wurde ein Beispiel gezeigt, wie zugespitzt der Konflikt zwischen der machtbesessenen britischen Regierung und dem öffentlich-rechtlichen Sender ist. Ein Journalist stellt einem Minister eine simple Frage. Dieser antwortete nicht, sondern behauptete, dass der Journalist mit seiner Frage die Neutralitätspflicht, der die BBC unterliege, verletzt habe.

Es geht um diese Fragestellung: „Sind Sie nicht der Meinung, dass...?“ In dieser Frage kann eine persönliche Einschätzung oder Bewertung eines Journalisten stecken. Der Journalist baut seine Frage aus Vermutungen, Verdächtigungen und Erkenntnissen zusammen. Das zu fragen muss möglich sein, weil der Befragte die Möglichkeit erhält, zu Gerüchten und Vermutungen, aber auch Erkenntnissen Stellung zu nehmen. Dass Journalistenfragen häufig für die Befragten unangenehm sind, liegt auf der Hand. Die Fragestellung ist aber völlig legitim. Wie sollte es denn anders gehen: „Bitte sagen Sie mir, was ich Sie fragen soll, es fällt Ihnen leichter zu antworten?“ Das kann es ja wohl nicht sein.

Wenn Politiker nur den Medien für Interviews zur Verfügung stehen, von denen sie sich eine wohlwollende Berichterstattung versprechen, können wir die Pressefreiheit gleich beerdigen. **Donald Trump** hat Fragen von kritischen Sendern wie CNN erst gar nicht zugelassen und sie als „Fake-News“ beschimpft. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man darüber lachen, dass der größte Lügner, der je im Weißen Haus saß, andere der Falschaussage bezichtigt. Politiker sollten sich im Griff haben, auch wenn die Fragen unangenehm sind. Wenn sie über genügend Intelligenz verfügen, schaffen sie es spielend, einen

Journalisten in einem Interview schlecht aussehen zu lassen und sich selbst als kompetent darzustellen. Das haben beispielsweise **Willy Brandt** und **Helmut Schmidt** mehrfach bewiesen. **Helmut Kohl** hingegen pflegte lange vor Trump ein recht eigenartiges Verhältnis zu den Medien. So wollte er von einem Journalisten, der ihm eine Frage stellte, wissen, von welchem Medium er käme, und als dieser NDR antwortete, sagte Kohl „So sehen Sie auch aus.“ Angesprochen mit „Herr Kohl“ erwiderte dieser, „Dr. Kohl, bitte.“

Auch **Franziska Giffey** verlor schon mal die Contenance in der rbb-Abendschau. Die als unangenehme Fragestellerin berüchtigte **Eva-Maria Lemke** wollte Anfang März während der Flüchtlingskrise von Giffey wissen, wann das Land Berlin seiner Verantwortung gerecht werden wolle und nicht alles auf den Schultern der Freiwilligen ablade. Diese Fragestellung empfand Giffey als „empörend.“ Damit hatte sie nicht ganz Unrecht, denn das Land Berlin tat viel, die Ehrenamtlichen aber mehr. Anstatt sich zu empören, hätte Giffey mit sachlich vorgetragenen Fakten den in der Frage enthaltenen Vorwurf auseinandernehmen können. Es gibt doch Akademien, in denen Politiker den Umgang mit Medien lernen können.

Und jetzt zum Thema

Es gibt auch Führungskräfte-Akademien, in denen man den korrekten Umgang mit fremden Geldern lernen kann. **Patricia Schlesinger** hat dieses Angebot leider nicht wahrgenommen und den ganzen öffentlich-rechtlichen Rundfunk damit nachhaltig beschädigt.

Was hätte man für tolle Programme mit einer halben Million Euro machen können? Aber das Geld kassiert eine Anwaltskanzlei, die mit 18 Juristen drei Monate lang die Finanzen des **rbb** durchforstete. Leider gut angelegtes Geld, denn nur durch lückenlose Aufklärung kann es in der Zukunft besser werden. Es ist bedauerlich, dass die Kompetenzen der Kontrollgremien verschärft werden müssen, weil offenbar nicht davon ausgegangen werden kann, dass an der Spitze eines Senders nur ehrenwerte Menschen tätig sind, sondern auch solche, die 12,32 Euro für Gummibärchen, verzehrt auf einer Bahnfahrt nach Hamburg, abrechnen?

„Ist ein Jahressalär von 303.000 Euro (plus Boni) nicht ausreichend, um persönliche Bedürfnisse nach einem Snack zwischendurch aus der eigenen Geldbörse zu befriedigen?“, fragt Morgenpost-Chefredakteurin **Christine Richter** in einem Kommentar. Es geht nicht um Pillepalle, weil hier eine Geisteshaltung deutlich wird, in der es kein moralisches Korrektiv



gibt. Was ist aus der kritischen Journalistin Schlesinger des NDR-Polit-Magazins *Panorama* bloß geworden? Wie kann jemand, der sich journalistisch mit Korruption beschäftigt hat, selbst auf die schiefe Bahn geraten?

Schlesinger schien den öffentlich-rechtlichen Sender als Selbstbedienungsladen für sich zu verstehen. Was muss in einem Kopf vorgehen, eine private Reise nach London den Gebührenzahlern in Rechnung zu stellen. Von den ganzen Essen in teuren Restaurants und bei sich zu Hause, wollen wir gar nicht erst reden. Natürlich muss es in diesen Kreisen Champagner sein, denn Fürst von Metternich trinken ja nur Proleten.

Diese Verschwendungssucht geht zu Lasten des Programms und der unendlich vielen Wiederholungen. Selbst geächtete Indianer-Filme schaffen es immer wieder ins Programm und Winnetou lebt. Viel schlimmer als die exzessiven Champagnerbesäufnisse der Intendanz sind die Kosten, die die Führungsetage nach ihrem Ausscheiden hinterlassen.

Nach einer Recherche der **WELT**, soll der „ehemalige Intendant des Hessischen Rundfunks, **Manfred Krupp**, zusätzlich zu seiner staatlichen Rente mehr als 15.000 Euro pro Monat als Betriebsrente erhalten. Der frühere Intendant des Bayerischen Rundfunks, **Ulrich Wilhelm**, soll eine Betriebsrente von mindestens 20.000 Euro pro Monat bekommen. Der Rekordhalter soll jedoch der ehemalige ZDF-Intendant **Thomas Bellut** sein: 30.000 Euro soll Bellut jeden Monat als Pension kassieren.“ Wofür?

„All das ist maßlos und schon lange nicht mehr zeitgemäß. Wenn der Öffentliche-Rechtliche Rundfunk seine Strukturen, auch die der Gehälter, nicht ändert, wenn er nicht mehr Transparenz schafft, dann wird er weiter Vertrauen verlieren. Massiv.“, schreibt **Christine Richter**.

Der ÖRR muss abspecken, nicht im Programm, sondern in seiner Verwaltung. Rechtlich dürfte das aber ein großes Problem sein, denn Besitzansprüche und geltende Verträge lassen sich nicht einfach schredern. Am Ende der Affäre Schlesinger werden wir erfahren, welche Pensionsansprüche ihr auf unsere Kosten zustehen. Davon ließen sich leicht viele Abschlagzahlungen des Gasversorgers finanzieren. Dennoch ist der Preis für ihr Fehlverhalten groß. Sie ist geächtet bis ans Ende ihres Daseins. Und den Schampus immer nur allein saufen zu müssen, macht auf Dauer auch keinen Spaß.

Ed Koch